

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

erschienen jeden Freitag.
beziehen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:
Elsa a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate
kosten die dreigespaltene Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 31. Köln, den 3. August 1906. VII. Jahrgang.

**Verbandsmitglieder! Unterstützt überall die Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse!
Unterstützt überall die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder!**

Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Die große Heerschau, welche die christl. Gewerkschaften zu Zeit abhalten, fand diesmal in der Hauptstadt Breslau statt. Nicht ohne Absicht war gerade diese Stadt als Tagungsort auszuwählen worden. Einmal weil der Kongress die noch zu tausend und abermals in Schlesien vorhandenen indifferenten Arbeiter auf und sie den Ideen der christlichen Gewerkschaften zu machen sollte, dann aber auch, um den Arbeitern Deutschlands in nächster Nähe Gelegenheit zu geben, den hohen Idealen unserer Bewegung zu überzeugen. Und doch gerade in Schlesien gewisse Leute, die sich aben Arbeiter ein falsches Bild über unsere Bewegung geben. Da konnte den Arbeitern nicht wirksamer ein Bild über die christliche Gewerkschaftsbewegung vor gehalten werden, als wie es durch den Kongress geschehen ist. Der 6. Kongress in Breslau war einer der bestbesuchten. Keiner seiner Vorgänger hat einen solchen Verlauf genommen. Es war eine Heerschau, wie sie uns bei dem Kongress mit besonderer Befriedigung man, ist die große Aufmerksamkeit, welche die Vertreter dieser Gelegenheit unserer Bewegung gegenüber Tag legten. Erschien doch selbst der Oberpräsident von Schlesien, Herr Graf Redlich-Trümpfler persönlich. Verhandlungen besten Erfolg zu wünschen. Diese Aufmerksamkeit der Behörden darf wohl als ein Beweis angesehen werden, wie man allmählich auch in Regierungsanfängen, die mächtig sich entwickelnde christliche Gewerkschaftsbewegung in ihrer Bedeutung für das Volk und wohl zu würdigen.

Die Verhandlungen des Kongresses waren von der größten Ehrlichkeit und Einmütigkeit getragen. Alle Redner ohne Ausnahme waren besetzt von den Bestrebungen, durch ihre Darlegungen der Bewegung einen Dienst zu erweisen. Nicht geringste Mühen hat die Verhandlungen getrübt. Den Mittelpunkt bildete das Referat des Kollegen Giesberts. Man hat abel gewesen sein, um den Eindruck erkennen zu können, die Ausführungen Giesberts hervorzuheben. Unzweifelhaft darin den Unternehmern, der Regierung, den bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokratie und den „Freunden“ eigenen Lager zum Bewusstsein gebracht, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung eine selbständige Arbeiterbewegung ist, die konsequent ihrem Ziele zusteuert, eine Bewegung, die entschlossen ist, sich unter keinen Umständen davon ablassen zu lassen, dem Arbeiterstande auf den verschiedensten Wegen die volle Gleichberechtigung zu erringen.

So hat der Kongress nach links und rechts, nach oben und unten klar und entschieden die Vertretung der Arbeiter zum Ausdruck gebracht, so hat er es andererseits nicht daran fehlen lassen, den christlich organisierten Arbeitern zu sagen, daß eine Bewegung große Ziele nur erreichen kann, wenn jedes einzelne Glied der Bewegung seinen Mann stellt. Nur deshalb war es auf dem Kongress möglich festzustellen, daß heute dem Gesamtverbande 245 000 und der Bewegung insgesamt mehr wie 1 000 000 Mitglieder angehören, weil von so vielen Mitgliedern die Agitation praktische Arbeit geleistet worden ist. So wird auch in Zukunft bleiben, ja es muß noch mehr von einzelnen Mitgliedern in der Agitation für unsere Bewegung geschehen. Das trifft auch für die schlesischen Kollegen ohne Zweifel wird der 6. Kongress die bereits vorerwähnte Opferfreudigkeit der christlichen Arbeiter und die Zuversicht auf den Sieg unserer Bewegung neu befestigt. Eine Bewegung, die in kurzer Zeit innerlich und äußerlich so erstarkt ist wie die christliche Gewerkschaftsbewegung, die so vielen Schwierigkeiten, muß den Sieg erringen. Wir alle zur Herbeiführung des Sieges bei. Dann werden wir im Sinne des so imposant verlaufenen 6. Kongresses in Breslau.

Regierungsrat Dr. Richter als Vertreter des Regierungspräsidenten betont dessen lebhaftes Interesse an der Entwicklung der christl. Gewerkschaften. Er hoffe, daß die Verhandlungen von christlichem und nationalem Geiste getragen werden mögen. Regierungsrat Frost als Vertreter des Polizeipräsidenten übermittelt dessen herzlichsten Willkommensgruß. Er sei beauftragt, darauf besonders hinzuweisen, daß die christlichen Gewerkschaften der Unterstützung der Polizeibehörde überall gewärtig sein dürften, wo ihre Interessen den Wirkungskreis der Polizeibehörde berühren. Generalsuperintendent Haupt bezeichnet in seiner Begrüßung die Aufgaben der christl. Gewerkschaften als die schwierigsten und wichtigsten, deren Erfüllung von den Mitgliedern festes Rückgrat und Mannesmut verlangt.

Stadttrat Berterson wünscht als Vertreter des Oberbürgermeisters und der Stadt Breslau, daß der Kongress die christliche Gewerkschaftsbewegung im Osten fördern möge. Der Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine in Breslau spricht den Wunsch aus, daß die Beratungen des Kongresses getragen werden möchten von der Liebe, welche die Brücke von Stand zu Stand fordert. Konfistorialassessor Loyke äußerst namens der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine Schlesiens die Hoffnung, daß es den christlichen Gewerkschaften auch weiter gelingen möge, die in diesen Vereinen zu Charakteren erzogenen jungen Männer zusammenzuschließen. Als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine betont Arbeitersekretär Krug-Bromberg, daß der christlichen Gewerkschaftsbewegung volle Begeisterung und Sympathie entgegengebracht werde. Pastor Künzel gibt als Vertreter der schlesischen Gruppe der freien kirchlich-sozialen Konferenz seiner Freude über das Zusammenarbeiten dieser und der christlichen Gewerkschaftsbewegung Ausdruck. Gewerkschaftssekretär Franz Spalowsky-Wien überbringt Grüße der österreichischen Brüder und berichtet über die österreichische christliche Bewegung, die der deutschen völlig kongruent sei. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Schiffer-Düsseldorf dankt den Vertretern der Behörden für ihre anerkennenden Worte und für die zugesagte Unterstützung. Auch dieser Kongress solle der ganzen Öffentlichkeit zeigen, daß es noch andere Arbeiterorganisationen gebe, als die der religions- und staatsfeindlichen Sozialdemokratie. Er als Vorsitzender sei stolz darauf, sagen zu können, daß evangelische und katholische Arbeiter zur Erringung der Ziele der christl. Gewerkschaftsbewegung sich die Bruderhand gereicht haben, die auseinander zu reißen, niemals gelingen werde. Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser.

Es folgte dann die Festrede, gehalten von Kollegen Bergmann-München.

Er begrüßte zunächst die Gäste, insbesondere die Damen, und sprach die Hoffnung aus, daß der Kongress im schönen Schlesienslande ein starkes Echo finden möge. Gleich der Nacht am Rhein sollen auch an der Oder, der Elbe und dem Harzstrand Bollwerke der christlichen Gewerkschaftsbewegung errichtet werden, damit der angebotene Kampf aufgenommen und mit Ehren bestanden werden könne. Die Zu- und Durchschlagskraft der christlichen Bewegung werde bewiesen durch ihre Fortschritte. Ob die der sozialdemokratischen Bewegung zu Grunde liegende materialistische Weltanschauung auf die Dauer den inneren Menschen befriedigen werde, sei eine Frage. Die verschiedensten Vorkommnisse innerhalb dieser Bewegung sprächen nicht dafür. Die christliche Weltanschauung dagegen habe sich in 2000-jähriger Geschichte bewährt. Die Gleichberechtigung solle erkämpft werden auf loyalem Boden, im geistlichen Zusammenwirken der verschiedenen Kräfte, aber in selbständiger Weise. Man werde weiter arbeiten, um die Tausende christl. Arbeiter, die der christl. Bewegung noch gleichgültig oder ablehnend gegenüberstehen, unter das Banner der christlich-nationalen Bewegung zu sammeln.

Im Anschluß an die Festrede ergriff Professor Sombart das Wort. Während früher Professor Sombart der christlichen Arbeiterbewegung nicht freundlich gegenüberstand, gipfelte seine Ausführungen bei der Begrüßungsfeier darin, daß die christlichen Gewerkschaften, infolge des Hineintragens der sozialdemokratischen Weltanschauung in die sogenannten freien Gewerkschaften entstehen mußten. Die christlichen Gewerkschaften sollten zunächst bestrebt sein, ihre Bewegung zu einer Macht zu bringen, mit der die roten Gewerkschaften rechnen und paktieren müssen, damit möglichst gleichmäßige Gruppen im wirtschaftlichen Kampfe stehen. Nach einigen Worten des Dankes durch den Vorsitzenden des Gesamtverbandes Schiffer und des Gewerkschaftssekretärs Langer erreichte die Begrüßungsfeier ihr Ende. Es folgten dann Montag früh die eigentlichen

Verhandlungen
des Kongresses. Vertreten sind 245 000 Mitglieder durch 71 Delegierte. Als Gast ist zum ersten Male auch ein Vertreter der „freien“ Gewerkschaften, Herr Umbreit-Berlin anwesend. Zu Vorsitzenden werden Schiffer-Düsseldorf und Wiedeberg-Berlin gewählt. Hierauf erstattet Kollege Stegerwald den

Bericht des Vorstandes.
Nach demselben hat sich nicht nur die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften beträchtlich erhöht, sondern, was fast noch wichtiger ist, ihre Leistungsfähigkeit ist bedeutend verstärkt worden. Alle bedeutenderen christlichen Verbände erheben heute schon dieselben Beiträge wie ihre sozialdemokratischen Konkurrenzorganisationen. An Opferwilligkeit lassen sich, nach dem Bericht, die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften von ihren sozialdemokratischen Kollegen nicht mehr übertreffen. In den wichtigsten deutschen Industriezentren, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie auch im Saargebiet können auf wirtschaftlichem Gebiete große wichtige Aktionen gegen oder ohne die christlichen Gewerkschaften nicht mehr unternommen werden; auch in Oberschlesien verfügen dieselben schon über die gleiche Position, wenn nicht der Kampf mit den katholischen Fachabteilungen die Kräfte zersplittert und den Erfolg erschwert. Doch auch dort geht es vorwärts. Die Sozialdemokratie befaßt sich heute ernsthafter denn je mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat dazu allen Grund. Was hilft ihr die Aufnahme des Generalstreiks in ihre politischen Kampfmittel, wenn sie insbesondere in den wichtigsten Industriezentren über einen bedeutenderen Bruchteil der Arbeiter nicht verfügt?

Die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerkschaften beträgt 245 032 gegen 207 484 im Vorjahre. Die Gesamteinnahme belief sich auf 2 674 190 M. gegen 1 337 341 M. Sie hat sich also verdoppelt. Die Ausgaben stiegen in derselben Zeit von 1 094 643 auf 2 423 554 M. der Kassenbestand von 948 197 auf 1 523 214 M., was eine Erhöhung von 1 228 911 bzw. 575 017 M. bedeutet.

Die Zahl der Lohnbewegungen, an denen die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre beteiligt waren, betrug 614; davon führten 326 mit 26 017 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung zu einer friedlichen Verständigung. 298 Lohnbewegungen mit 80 601 Beteiligten führten zu Streiks, davon treffen allein rund 60 000 auf den Streik der Ruhrbergleute. Erreicht wurden dadurch mindestens 2 1/2 bis 3 Millionen Mark Lohnaufbesserungen, wesentliche Arbeitszeitverkürzungen, bessere Behandlung usw.

Man hebhe nun von Scharfmacherseite gegen die christlichen Gewerkschaften den Vorwurf, dieselben seien schlimmer wie die sozialdemokratischen Verbände. Darauf erwidern wir, daß wir als christliche Arbeiter dem Herrtentum unter den Arbeitgebern allerdings vielfach gefährlicher sind als diejenigen, die mit der Revolution oder mit dem Massenstreik spielen. Denn diese liefern nur den Scharfmachern Waffen auf die Mühle. Wir sind der Meinung, daß der Lohnarbeiterstand in der heutigen Gesellschaft nicht die Stellung einnimmt, die er seiner Bedeutung nach haben müßte. Deshalb kann es uns kein Menich verübeln, wenn wir dafür kämpfen, dem Arbeiter seine Gleichberechtigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu verschaffen. Wenn Herr Handelsminister Delbrück kürzlich geglaubt habe, uns taktische Ratschläge erteilen zu müssen, so sagen wir ihm, daß er selbst ein sehr schlechter Taktiker ist. Die Rede des Herrn Ministers sei nur geeignet gewesen, den Eindruck zu erwecken, als beabsichtige er den Arbeitern an der Saar in den Rücken zu fallen. Wie könne man es da noch jemanden verübeln, wenn er die Ansicht äußere, die preussische Regierung sei das Schutzkomitee der bestehenden Klassen. So hat man uns auch den italienischen Sekretär aus Preußen ausgewiesen, obgleich nicht das Geringste gegen ihn vorlag. Bei Streiks weise man vielfach die streikenden Ausländer aus, weil sie lästig seien, während man umgekehrt die den deutschen Arbeitern lästigen Streikbrecher aus dem Auslande ruhig in das Land hineinflasse. Mit der gesetzlichen Regelung der Bergarbeiterauschüsse könne man durchaus nicht zufrieden sein. Gegen den Buchdruckerverband, der die christlichen Gewerkschaften genau so bekämpfe, wie es die übrigen sozialdemokratischen Verbände tun, müsse in Zukunft eine andere Stellung eingenommen werden. Mit der Forderung unerträglich für unsere Bewegung weiter zu kämpfen, schloß Kollege Stegerwald seinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht. Nach einer mehrstündigen Diskussion und nach Erledigung einiger Anträge, die wir des beschränkten Raumes wegen übergeben müssen, erfolgte das Referat des Arbeitersekretärs Klost über die

Betätigung der Ortskartelle.

Die bisherige Erfahrung hat bestätigt, daß mancherorts die bestehenden Ortskartelle ihre Aufgaben nicht genügend kennen und erfüllen; oft auch überschreiten die Kartelle die Kompetenz ihrer Aufgaben. Daher ist es notwendig, daß der Kongress den Ortskartellen ihr Tätigkeitsgebiet genau bestimmt.

Soll die Bewegung an einem Orte oder Bezirke fortschreiten, so ist die Vorbedingung hierzu eine planmäßige einheitliche Agitation. Diese kann jedoch nur geschehen, wenn alle Ortsgruppen von Zentralorganisationen, die dem Gesamtverband angeschlossen sind, dem Orts- oder Bezirkskartell angehören, vorausgesetzt, daß letzteres sich in den vom Kongress gezogenen Bahnen bewegt. Die Pflicht zum Anschluß muß daher festgelegt werden. Des Ferneren dürfte es durchaus notwendig erscheinen, daß in Bezirken mit gleichartigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht etwa mehrere Ortskartelle, sondern ein einheitliches Bezirkskartell errichtet wird.

Für die verschiedensten Aktionen ist ein durchaus zuverlässiger Vertrauensmännerapparat aus allen Organisationen zu bilden. Großer Wert ist auf die Heranbildung revolutionärer Kräfte zu legen. Dies aber macht die Errichtung von Unterrichtskursen notwendig. Gleichfalls dürfte sich als notwendig erweisen, die Beschaffung eines gemeinsamen Verkehrslokals.

Bei Lohnbewegungen kann das Kartell, wenn dies notwendig erscheint, den Ortsgruppen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Selbstverständlich ist die Inzenerierung und Durchführung einer Lohnbewegung nur einzig und allein Sache der Zentralverbände.

Die Frage des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens kann ebenfalls an manchen Orten von den Kartellen gelöst werden. Die Praxis hat bereits bestätigt, daß ein allgemeines Arbeitsnachweismuseum verbunden mit dem Bureau des Kartells sehr ersprießlich wirkt. Eng zusammen hängt die Frage des Herbergswesens, die sich durch Abkommen mit dem Wirt des allgemeinen Verkehrslokals oder anderer zuverlässigen Wirten regeln läßt.

Wichtig ist auch die Frage des Rechtshütes und der Auskunftsbeihilfe. Hier mehr als bisher zu leisten, ist eine wesentliche Aufgabe der Kartelle. Sozialdemokratischerseits seien bereits 67 Arbeitersekretariate und 111 Auskunftsstellen eingerichtet.

Das Gebiet der sozialen Wahlen gehört zur überaus wichtigsten Aufgabe der Orts- oder Bezirkskartelle. Die Wahlen zu den Krankenkassen, Gesellen-Ausschüssen, Gewerbegerichten, Knappschaftswahlen u. s. w. bedürfen der eingehendsten Vorbereitung.

Soll ein wesentlicher Fortschritt in der Betätigung der Ortskartelle erfolgen, dann muß auf die Freistellung von Kartellbeamten, die nicht im Arbeitsverhältnis stehen, hingearbeitet werden. Dieses wird allerdings nur möglich sein, wenn eine bessere Fundierung der Kartellkassen erfolgt, die ohne Erhöhung der Kartellbeiträge nicht zu erreichen ist. Eine angemessene Beitragsleistung, die sich auf mindestens 60 Pf. pro Jahr belaufen muß, dürfte am Platze sein, eventl. müßte die Erhebung einer Extrasteuer eingeführt werden. Wenn die Kartelle in diesen vorgezeichneten Bahnen ihre Tätigkeit entfalten, dann nur können sie ihre wichtige Aufgabe innerhalb der Gesamtbewegung erfüllen.

Arbeiten die Kartelle in diesem Sinne, so werden sie der Gesamtbewegung große Dienste leisten. Nach einer sehr lebhaften Diskussion, in welcher besonders betont wurde, daß die Kartelle keine Entscheidungen zu treffen haben, die die Zentralvorstände angehen, wählte der Kongress eine Kommission

zur Umarbeitung der vom Referenten vorgelegten Resolution. In folgender Fassung gab der Kongress der Resolution seine Zustimmung:

Resolution.

Der sechste Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erkennt in den Kartellen sehr wichtige Institutionen für die gemeinsam zu erstrebenden Interessen der christlichen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen eines Ortes oder Bezirkes. Die Kartelle müssen sich indes anlegen sein lassen, ihre Tätigkeit auf solche Gebiete zu beschränken, die Kompetenzstreitigkeiten mit den einzelnen Zentralverbänden und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ausschließen.

Als Aufgaben der Kartelle sind u. a. anzustreben: eine planmäßige einheitliche Agitation unter Mitwirkung der Gau- und Bezirksleitungen der jeweilig in Betracht kommenden Verbände; Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Kartellen; Maßregeln in tatsächlicher und organisatorischer Beziehung bei Bewegungen; Förderung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens; Vornahme wichtiger Statistiken und Pflege des Rechtshütes; Verkehr mit den gewerblichen Aufsichtsbearbeitern; gründliche Vorarbeiten und Beteiligung an allen sozialen Wahlen; Betätigung auf dem Gebiete der sozialen Kommunalpolitik; Bildung und Erhaltung der angeschlossenen Gewerkschaftsmittelglieder durch Errichtung von Unterrichtskursen, Einrichtung von Lesestimmern und Betrieb von geeigneten sozialen Schriften; Veranstaltung von Volkserhaltungskursen; die Tagespresse der Gesamtbewegung dienlich zu machen usw.

Im Interesse einer einheitlichen Arbeit ist in größeren Industriekreisen, namentlich bei Großstädten und deren Vororten nach Möglichkeit die Bildung von Bezirkskartellen vorzunehmen, in deren Geltungsbereich an einzelnen Orten Agitationskommissionen gebildet werden können.

Des ferneren ist die Anstellung von Kartellbeamten, wo eben angängig, anzustreben.

Alle Ortsgruppen von Verbänden, welche dem Gesamtverbande angeschlossen sind, haben die Verpflichtung, den Orts- oder Bezirkskartellen anzugehören, falls letztere sich in den von den Kongressen der christlichen Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen und sind die Beiträge zu den Kartellen als Pflichtbeiträge zu betrachten. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen und im Einvernehmen mit dem Vorstand des Gesamtverbandes zulässig.

Die Regelung von Grenzstreitigkeiten, Herausgabe von Sammelbüchern, Ausschluß von Mitgliedern, wie auch Entscheidungen über Lohnbewegungen, als auch die hierbei zu beachtende Taktik gehören nicht zur Kompetenz der Kartelle, sondern sind ausschließliches Recht der einzelnen Zentralverbände bezw. Ausschüsse des Gesamtverbandes. Gemeinsam mit größeren Ausgaben verbundene Kartellkonferenzen dürfen nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Gesamtverbandes bezw. Gau- und Bezirksleiters der einzelnen Verbände stattfinden. Auch dürfen die Kartelle als solche sich nicht an den kommunalen Wahlen aktiv beteiligen, müssen sich vielmehr von allen parteipolitischen Aktionen streng fernhalten. Von den Ortskartellen wird erwartet, daß dieselben bei der Durchführung ihrer Aufgaben und in der Zusammenfassung seitens der einzelnen Berufsgruppen in lokaler Weise verfahren. Es ist namentlich darauf zu achten, daß nicht so sehr Majoritätsbeschlüsse herbeigeführt, sondern der Weg der Verständigung gewählt wird. In allen strittigen Fällen sind die Kartelle gehalten, eine Direktive des Vorstandes des Gesamtverbandes einzuholen.

Moderne Tyrannen.

„Alle Menschen werden Brüder“. Unwillkürlich wird man an diese Worte Schillers in dem Liede an die Freude erinnert, wenn man die Taten der Holzgenossen in Hamburg betrachtet. Selbst die Widmung der „Holzarbeiter-Zeitung“ gelegentlich der Schillerfeier im vergangenen Jahre, hat die Tyrannei der „Genossen“ nicht brechen können.

Anfang November vorigen Jahres kommt da ein in eine Hamburger größere Bautischlerei und nimmt Arbeit an. Von den dort beschäftigten Arbeitern wird er selbst freundlich begrüßt. Der Werkstattbelegierte des Verbandes tritt an den Neueingetretenen heran und bespricht das Verbandsbuch. Da! postausend — ein Christlich betriebene, — lange Gesicht — solchen Kerl hatte man selten noch nicht gesehen. Und dann die Frechheit! der Mensch und arbeitet in einem Betriebe, wo doch waschechte „Genossen“ das Patent haben. Gleich seht die üblichen Bekehrungsversuche ein, doch endigten selbe mit dem Resultate, daß die „Genossen“ mit ihrer Arbeit erheblich ins Hintertreffen gerieten. Schweigen wie welche Rosenamen und Kraftausbrüche man nun auf soziald. Kumpelkammer hervorholte, um die Lügen und leumbildungen, die man gegen die christl. Gewerkschaftschleuberte, zu beweisen. Aber auch dadurch erreichte nichts, unser Kollege sah sich seine bedauerndwerten Freundschaften mit einem mitleidigen Nicken an und dachte: „Gefahr die da behaupten, daß sie vom Affen abstammen, die keinen Menschen beleidigen.“

Als bald darauf aber unsere roten „Kollegen“ in die in ihrem Großbüdel dazu übergangen, wegen den dort beschäftigten christlich organisierten Arbeitern die Arbeit stellen, und wir den erhitzten Genossenköpfen eine kalte Dose verabfolgten und unser Kollege Wullen, (um diesen Namen es sich in dem vorhin erwähnten) Vorsitzender unserer Stelle in den soziald. Blättern als Streikbrechergerent stellt wurde, da konnte denn die Wut der mit demselben zusammenarbeitenden Genossen keine Grenzen mehr. mit einem solchen Menschen arbeiten wir nicht mehr zusammen der Kerl muß raus, koste es was es wolle“, diese Forderung wurde nun ausgegeben. Gleich einem Pestkranken wurde Nähe des W. gemieden. Wenn W. das Frühlingsfest betrat, wurde es von den „Genossen“ geräumt. Buditer durfte an unsern Kollegen kein Bier mehr kaufen. Doch auch dieses konnte W. verschmerzen, er trank sich den billigeren Kaffee mit, nicht ahnend, daß sich in seinen Kollegen Giftmischer befanden, die dem Kaffeebaumbeize zusetzten. Habelbank und Schürze wurden erregend beschwungen, wahrscheinlich war einem Individuum der Abort zu weit gewesen. Au zwei Kauhautreifen die Schneide mit dem Hammer vollständig demoliert. Mühe und mehrere Bleistifte verschwanden unaufgeklärter Weise. Ebenso die Maß für eine zu machende Arbeit Werfen mit Klößen, die, wenn sie ihr Ziel erreichten, den Kopf hätten, war an der Tagesordnung. Der Kollege mit W. zusammen arbeitete, wurde aufgehebt, daß er Werkmeister gegenüber erklärte, „mit dem arbeite ich nicht mehr zusammen“, und tatsächlich sollte W. entlassen werden weil keiner mit ihm zu tun haben wollte und doch bei Spezialarbeit, Treppenaufbau, mindestens zwei Kollegen zusammen arbeiten müssen. Dies gab unserm Kollegen Veranlassung dem Chef selbst die ganze Sache klar zu legen, mit dem Resultat, daß derselbe ihm die Zeichnungen für die neue beginnende Arbeit aushändigte, mit dem Bemerkten, er solle sich nur selbst einen Helfer besorgen. Das hatten die

Materialistische oder christliche Weltanschauung?

Auf dem 3. sozialen Ausbildungskurse der evangelischen Arbeitervereine in Dresden hielt Herr Professor Dr. Kirn einen Vortrag über die Weltanschauung des einzelnen und ihr Wert für die Stellungnahme zu den sozialen Fragen. Bei der grundlegenden Wichtigkeit dieser Sache für die christliche Arbeiterbewegung, erscheint eine Wiedergabe der Ausführungen wohl angebracht.

Wo Gegensätze in der Weltanschauung bestehen, sind Gegensätze in der gesamten Gedankenrichtung vorhanden, die bei der Beurteilung sozialer Fragen die einzelnen nicht zur Übereinstimmung kommen lassen. Die Weltanschauung ist die einheitliche Zusammenfassung unseres geistigen Besitzes, der Inbegriff unserer Erkenntnisse und Überzeugungen. Sie ist für den einzelnen entscheidend bei Bestimmung des Wertes aller Erscheinungen des wissenschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Lebens und bestimmt den geistigen Haushaltplan eines jeden. Die Weltanschauung gibt uns aber auch für neu auftauchende Fragen von vornherein eine Entscheidung in die Hand; denn sie ist das geistige Kapital, das durch seine Finessen neue geistige Arbeit erspart oder erleichtert. Es gibt charakterlose Menschen, die keine Weltanschauung besitzen, die gleichgültig oder ohne eigene Überzeugung den Fragen des Tages gegenüberstehen. Für den einzelnen ist es deshalb von der höchsten Bedeutung, eine bestimmte Weltanschauung zu besitzen, die imstande ist, ihn richtig zu leiten.

Die Erlebnisse und Erfahrungen des einzelnen sind eine Quelle seiner Weltanschauung. Erfahrung und Wissenschaft haben beim Bilden unserer Weltanschauung ein gewichtiges Wort mit zu reden, können allein aber dafür nicht maßgebend sein. Für die Weltanschauung des einzelnen ist sein Charakter von der höchsten Bedeutung. Der Charakter, der durch beharrliche Grundzüge gebildete stetige Wille, verleiht der Weltanschauung des einzelnen den Grundton. Der Charakter ist das Werk der Erziehung und Selbsterziehung, und zwar bilden ihn die sittlichen Grundzüge und die Religion. Diese beiden Mächte sind deshalb gewichtige Faktoren für die Weltanschauung des Menschen.

Der Materialismus ist die Denkwelt, die die Materie, das körperliche Sein, das mit den Sinnen zu erfassende Sein, für das allein Wirkliche und für die Ursache alles Wirklichen

in der Welt erklärt. Daraus entspringt das Bestreben dieser Denkwelt, alle Veränderungen in der Welt mechanisch zu erklären. Materialismus und Mechanismus gehören demnach so eng zusammen wie Stoff und Form. Die Seele scheidet aus, Denken und Handeln unterliegen mechanischen Gesetzen nach den Dogmen des Materialismus: „Alles Wirkliche ist Materie. Jede Veränderung ist mechanisch aufzufassende Bewegung“. So kann auch der Materialismus nichts Geistiges, kein höheres Wesen gelten lassen. Dieser theoretische Materialismus will eine möglichst einheitliche und einfache Erklärung der Naturerscheinungen möglich machen. Er erhebt aber auch den Anspruch, auf das Leben der Gesellschaft seine Grundzüge anzuwenden und gestaltet sich so zum praktischen Materialismus, der uns nicht bloß in der abstrakten Form des Grundzuges entgegenzutreten braucht: „Essen und Trinken sind die Hauptangelegenheiten und möglichsie Verallgemeinerung und Erhöhung des Lebensgenusses ist die höchste Aufgabe des Menschen“. Der praktische Materialismus kann sich auch in einer höheren Form darstellen. Er wird uns das Gesetz einer klugen Maßigung vorschreiben, damit wir uns die Genußfähigkeit bewahren, und damit uns andere nicht die Möglichkeit des Genußes wegnehmen. Zwei Grundzüge kann auch dieser verfeinerte praktische Materialismus nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben, die Grundzüge: „Die Grundlage alles Wohlergehens sind die materiellen Güter. Die einzige Gesellschaftsordnung, die wissenschaftlich begründet werden kann, ist die mechanische, die jedes Individuum dem Naturgesetz seiner Selbsterhaltung überläßt und ihm keine andere Schranken zieht als diejenigen, die sich aus der Selbsterhaltung der anderen Individuen von selbst ergeben“. Eine besondere Form dieses praktischen Materialismus ist der Geschichtsmaterialismus.

Dem Materialismus gegenüber fordert es insbesondere unsern Protest heraus, daß er dem Menschen die Seele abspricht, den Menschen innerlich ausschließt. Seine Ethik ist herzlos und gewissenlos, seine Moral empfiehlt uns die Selbsthacht. Auf den Materialismus läßt sich aber auch keine Lehre von der Gesellschaft gründen; denn wenn die Materie allein ausschlaggebend ist, dann läßt sich gegen das Recht des Stärkeren nichts einwenden. Der Materialismus lehrt, daß die ökonomische Struktur die Verhältnisse ändert, obwohl neue actiue Taten die Entwicklung geschaffen haben.

Welch dürftige Vorstellung gibt uns aber auch der Mechanismus von den Wundern des Universums, wenn er mit dem Gesetz von der mechanischen Bewegungen den ganzen Kosmos erschöpft haben will? Der Materialismus ist der vollendete Triumph der Flachheit, der wahre Bankrott menschlichen Denkens.

Viele haben sich deshalb schon vom Materialismus abgewendet, und zwar aus zwei Gründen. Einmal ist der Versuch gescheitert, die Abhängigkeit der Bewusstseinsvorgänge von materiellen Prozessen zu beweisen oder auch nur den Schein zu machen, wie eine solche vorgestellt werden könnte. Ein andern hat sich bei schärferer Betrachtung der angeblich klaren und handgreiflichen Begriffe der Materie in unheimlichen Nebel aufgelöst. So ist der Materialismus in vollkommener wissenschaftlicher Auflösung. Dennoch ist es notwendig, sich ihm zu kämpfen; denn eine Theorie, die schon längst wissenschaftlich überwunden ist, kann noch lange unter den Menschen fortleben, die ihre Wissenschaft nicht aus den modernen Quellen beziehen.

Die christliche Weltanschauung geht im Gegensatz der materialistischen Weltanschauung von innen nach außen, denn sie vom persönlichen Leben ausgeht. Unser Gewissen bezeugt uns nun, daß wir nicht so sind, wie wir sein wollen. Wir sollen uns nicht bloß selbst lieben, sondern auch andere lieben und arbeiten. Wir sollen nicht für den Augenblick, sondern für das Bleibende wirken. Wir erkennen, es eine höhere Lebensordnung gibt, eine geistige Ordnung, deren Wille uns als das geltende Gebot entgegentritt. So denkt, der muß an einen geistigen, persönlichen Glauben, der sittlichen Wille ist und seine sittliche Weltanschauung aufrecht erhält und durchführt. Da uns unser Gewissen aber lehrt, daß in uns eine Gewalt herrscht, die uns in den Nebel leiten will, so empfinden wir einen heftigen Schmerz, der tiefer ist als der Pessimismus, weil wir Schuld an dem Bösen in uns selbst suchen müssen. Dieser Schmerz bringt uns aber der sittlichen Wahrheit näher, führt uns zum Glauben an den Sieg des Guten in der Welt. Die christliche Weltanschauung erhebt sich aber nicht zu dem Gedanken eines Reiches der Vollendung als der höchsten Position. Dieses vollendete Reich ist uns Hoffnung und Trost, ohne uns gegen das Diesseits gleichgültig zu machen. Dieser Jenseitsglaube gibt den Aufgaben des Lebens erst das rechte Licht und den rechten Wert.

nicht erwartet und spielten sie nun den letzten Trumpf indem sie, 40 an der Zahl, die Arbeit niederlegten, die Entlassung des W. zu erzwingen. Doch der Arbeitssam dieser frivolon Forderung nicht nach. Mit langen Reden, weh- und demütig bitteten sich nun die mutigen, überbrühtigen „Genossen“ anderntags beim Arbeitgeber an. — Das sind die Geldentaten der sozialdemokratischen Propaganda Hamburgs, denen sich noch eine ganze Serie nicht erwähnter Schandtatzen anschließen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 82. Heftbeitrag für die Zeit vom 29. Juli bis 4. August 1908...

Die Zahlstelle Hannover erhielt die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 20 Pfg. Der monatlichen Beitrag beträgt somit für die Mitglieder der Zahlstelle Hannover 70 Pfg.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages wöchentlich 10 Pfg. (Gesamtbeitrag 60 Pfg.), erhalten die Zahlstellen: Aachen, Köln (Kap.), Görtlich, Herne, Rhein, Neuf, Neuweid, Osnabrück, Tuttingen, Würzburg.

Die Zahlstellen Danzig, Eupen, Mainz, Schwennigen, Starnberg erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 5 Pfg. Die letztgenannten Zahlstellen erheben daher einen Wochenbeitrag von 55 Pfg.

In den letzten Wochen werden mehrfach Anfragen an die Geschäftsstelle gerichtet, betreffend Beschaffung und Verwendung der Stempel. Die Ortsverwaltungen insbesondere der Zahlstellen sämtlicher Zahlstellen mögen daher folgendes beachten:

Ein gewöhnlicher Stempel mit Farbtönen wird allen Ortsverwaltungen der Zahlstellen von der Geschäftsstelle gratis geliefert. Dieser Stempel soll zur Abstempelung der Beitragslisten und für alle sonstigen Zwecke Verwendung finden. Der Stempel wird erst dann geliefert, wenn der Fragebogen mit Angabe der Adressen der Ortsverwaltung und der Zahl der Mitglieder an die Geschäftsstelle retourniert worden ist. Die Lieferung erfolgt mit dem 1. August erfolglos Veränderung des Beitrags ist eine Veränderung der in Gebrauch befindlichen Stempel dieser Art nicht erforderlich.

Ein Stempel mit der Zahl der Beitragshöhe z. B. 70 Pfg. wird auf Wunsch zum Preise von 80 Pfg. geliefert. Eine Veränderung der vor der Beitragssteigerung gebrauchten Stempel dieser Art ist zwecklos, da der Wert der Stempel nahezu mit dem Porto deckt.

Die Ortsverwaltungen größerer Zahlstellen erhalten auf Verlangen einen ovalen Stempel zum Abstempeln von Schriftstücken, Briefen usw. zum Preise von 2 Mk.

Ein abwaschbarer Stempel zur Bekanntgabe der Mitgliedschaft durch Aufdruck auf den Kopf des Mitgliedsbuches können zum Preise von 5 bis 7 Mk. von der Geschäftsstelle bezogen werden.

Wir empfehlen dringend sämtliche Stempel bei der Geschäftsstelle des Verbandes und nicht an andere Orte zu beziehen. Durch letzteres würde die Notwendigkeit der Einheitslichkeit in der Abstempelung der Mitgliedslisten gefährdet und auch der Preis der Stempel würde bedeutend höher stellen.

Die Ortsverwaltungen werden hiermit auf die von der Geschäftsstelle zum Preise von 50 Pfg. zu beziehenden Verordnungen aufmerksam gemacht. Bei der ersten Bestellung ein Exemplar gratis geliefert. Die Plakate sind sehr schön ausgeführt und eignen sich daher vorzüglich zum Aufhängen in Versammlungs- und Verkehrslokalen.

Doch immer sind mehrere Ortsverwaltungen mit der Abgabe pro 2. Quartal im Rückstande. Für diejenigen Orte, die bis längstens Montag den 6. August die Abgabeformulare und Selbstbeiträge nicht eingesandt werden, werden nächste Woche die Zustellung des Verbandsorgans verweigert. Gleichzeitig erfolgt die Veröffentlichung der Beiträge der Zahlstellen im Verbandsorgan.

Lohnbewegung.

In allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche wöchentlich ein Bericht über den Stand der Bewegung einzuwenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort. In der Zahlstelle ist fernzuhalten von Schreiner nach Essen, Altkönig, Weiden, Neunkirchen, D. Sch. Paderborn, Braunsweiler, (Firma Kramer), Guesen, Zoppot. — Schreiner und Bauernarbeiter Wege, — von Schreiner und Bauern nach Schleiden (Stuhlfabrik A. G. Rhönitz) — von Bauern und Pinselmacher nach Goch, Niederstein, — von Bauern nach Kempen.

Streik in Guesen. Bereits im April reichten die Guesener Arbeiter an die Arbeitgeber Forderungen ein. Am 23. April erließen die Arbeitgeber eine Mitteilung, daß die Meister zu dieser Zeit den Gehilfen einen ausgearbeiteten Tarif vorgelegt haben. Trotz mehrfacher Mahnung der Kollegen haben die Arbeitgeber ihr Wort nicht gehalten. Jedenfalls wollten die Kollegen in die Länge ziehen. Ein Arbeitgeber erklärte

sogar, daß die Gesellen bis zum Winter auf Antwort warten könnten. Da die Konjunktur z. B. am Orte günstig ist, beschloßen die Kollegen nochmals an die Meister heranzutreten und falls keine positive Antwort zu erzielen sei die Arbeit niederzulegen. Bei der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber ist letzteres dann bereits eingetroffen und stehen 40 Kollegen im Auslande. Bezug ist streng fernzuhalten.

Lohnbewegung bei der Firma Reitz in Dortmund. In der kürzlich abgehaltenen Werkstattversammlung der Kollegen der Modellfabrik von Reitz wurde infolge der hier herrschenden Misstände beschlossen, daß bei der Firma je ein Vertreter der Organisation vorstellig werden solle. Dieses wurde denn auch von den Verbänden ausgeführt. Zuerst am Montag den 25. Juli. Da Herr Reitz aber verreist war, mußten die Kollegen am nächsten Tag wieder vorstellig werden, wo sie denn von Herrn Reitz die Antwort erhielten, daß er keine Zeit habe. Die Kollegen gingen fort bis zum nächsten Wirtschaftshaus, wo Herr Reitz folgte und über 40 Minuten sich dort selbst aufhielt. Und trotzdem hatte er keine Zeit, mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Hoffentlich wird er bald die nötige Zeit dazu finden, da Sonnabend den 28. Juli sämtliche Mann gekündigt haben.

Tarifabschluss in Herne. Nachdem hier selbst vor einigen Wochen die Holzarbeiter ihren Arbeitgebern neue Forderungen unterbreitet hatten, schlossen sich die Schreinermeister dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe an. Darauf wurde uns von der Bundesleitung mitgeteilt, daß die Regelung unserer Forderungen nunmehr nicht mehr von den Herner Schreinermeister, sondern von der Leitung des Arbeitgeberbundes vorgenommen würde. Gleichzeitig wurde auch zu einer Verhandlung eingeladen, welche am 24. Juli ihren Abschluß fand. Danach kam ein Vertrag zustande, welcher am 1. August cr. in Kraft tritt und am 30. April 1908 endet. Die Schreiner erhalten am 1. August cr. eine Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde, ab 1. April 1907 eine weitere Zulage von 3 Pfg. pro Stunde, ab 1. April 1907 eine weitere Zulage von 3 Pfg. pro Stunde, ab 1. April 1907 ab 47 Pfg. und vom 1. April 1907 ab 50 Pfg. betragen soll. Ueberstunden werden, und zwar die erste mit 25% jede weitere mit 50% Zuschlag bezahlt. Sonntagsarbeit wird mit 100% bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Für auswärtige Arbeiten wird eine tägliche Zulage von 80 Pfg. gewährt; wenn Uebernachten erforderlich ist, hat der Arbeitgeber die entstandenen Kosten alle zu zahlen. Die Lohnzahlung ist 14-tägig, jedoch erhalten die Arbeiter in der Mitte der Lohnperiode eine Abschlagszahlung in Höhe von 80% des verdienten Lohnes. Die Kündigung beträgt fortan nur eine Woche. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eine gemeinsame Kommission gebildet, gegen deren Entscheidungen die Berufung an das Einigungsamt in Essen zulässig ist. Außerdem soll in Kürze noch ein Akkord- resp. Leistungsstarif ausgearbeitet und dem neuen Vertrage angeschlossen werden. Somit ist hier die Lohnbewegung beendet und müssen die Kollegen nunmehr dafür sorgen, daß die getroffenen Vereinbarungen durchgeführt und vor allem dafür sorgen, daß sie in 1 1/2 Jahren in der Lage sind, weitere Verbesserungen durchzuführen.

Lohnbewegungen in Oberhausen (Rhd.). Auch hier ist jetzt die 11 stündige Arbeitszeit beseitigt. Nachdem schon lange an dem Falle der 11 stündigen Arbeitszeit gearbeitet worden, waren die Arbeitgeber nicht davon abzubringen, wenigstens nicht zu bewegen, bei Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit einen höheren Stundenlohn zu zahlen. Als jedoch die Kollegen auf einigen Werkstätten geschlossen die Kündigung einreichten, zogen es die Arbeitgeber doch vor, sich mit den Arbeitern zu einigen. Da hier weder ein Arbeitgeberverband noch eine Innung besteht, so mußten die Vereinbarungen von den einzelnen Meistern unterzeichnet werden, welches auch geschehen ist. Nur die bekannte Firma Priester hat es nicht für notwendig befunden. Diefelbe läßt noch 10 1/2 Stunden arbeiten. Sie weiß ja auch, daß sie das machen kann, weil sie einige, indifferente Gesellen hat, welche in dem guten Glauben sind, daß sie bei Priester „Lebensstellung“ hätten und dafür sorgen müßten, daß die Firma Priester keinen Schaden leide. Nach den Vereinbarungen erhalten die Schreiner, welche bisher 11 stündige Arbeitszeit hatten, sofort 3 Pfg. und am 15. August cr. wiederum 2 Pfg. Zulage. Diejenigen, welche bisher bereits die 10 stündige Arbeitszeit hatten, erhalten jetzt 2 und am 15. August cr. weitere 2 Pfg. Ebenfalls werden die Ueberstunden mit 10, respektive 25 Pfg. Zuschlag bezahlt. Am 1. April 1907 sollen neue Vereinbarungen getroffen werden. Somit ist auch Oberhausen in die Reihe der Zahlstellen des Ruhrgebiets eingerückt, welche die Arbeits- und Lohnverhältnisse aufgebessert haben. Hoffentlich werden die Kollegen den Nutzen der Organisation eingesehen haben und für den weiteren Ausbau ihrer Zahlstelle Sorge tragen.

Der Streik bei der Firma F. Schichau-Danzig aufgehoben. Bereits in Nr. 25 unseres Organs hatten wir Gelegenheit, das Entgegenkommen der Firma gegenüber den Arbeitern ins rechte Licht zu setzen. Waren es vorher nur faule Ausreden, die die Firma zu ihrer Rechtfertigung anführte, so hat sich im Verlauf der Lohnbewegung die Gesinnung der hiesigen Betriebsleiter in vollem Glanze gezeigt. Auch nicht das geringste Entgegenkommen, nicht das kleinste Zugeständnis wurde den Arbeitern gemacht, obwohl die Lohnkommission mehrmals vorstellig wurde. Als dieses nicht genügte, wurde der Gewerbeinspektor ersucht, hier zu vermitteln. Dieser, der bereits mehrmals in Danzig und Umgebung bei Lohnbewegungen und Streiks mit Erfolg vermittelnd eingegriffen hatte, suchte auch hier etwas zu erreichen. Aber! wie naiv; die Firma wünschte es überhaupt garnicht, daß sich dritte Personen in ihre Streitigkeiten einmischen. Nunmehr wurde das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen; leider ohne Erfolg. Hier zeigt sich gerade wiederum ein Mangel in unserer Gesetzgebung, denn nach § 63 des G. O. G. muß die Anrufung von beiden Seiten erfolgen, wenn das Einigungsamt in Tätigkeit treten soll. Die Millionenfirma aber hielt es wohl unter ihrer Würde die Hand zum Frieden zu bieten. Nachdem noch weitere vierzehn Tage verstrichen,

wurde nochmals unsererseits eine Verhandlung nachgeführt und jetzt, nachdem die Arbeiter bereits acht Wochen im Auslande waren, brachte der Vertreter der Firma, Herr Carlßen, es fertig zu sagen: „Wenn die Arbeiter wollen, können sie zu denselben Bedingungen die Arbeit ja wieder aufnehmen, da noch etwas Arbeit vorhanden ist.“ Ja, derselbe Herr meinte, wir sollten doch unsern Kollegen die Muße gönnen und keine Streikposten ausstellen. Die Firma würde uns schon davon in Kenntnis setzen, wenn sie Tischler einstelle. Leider vergaß dieser Herr es nur, uns auch davon in Kenntnis zu setzen, daß in ostpreussischen Zeitungen, wie in der „Bromberger Zeitung“ nach Tischlern, d. h. Streikbrechern gesucht wurde. Tatsache ist ferner, daß mehrere Tischler bis von der russischen Grenze herkamen, so daß also die Streikposten sicher nicht unnötig waren. In der letzten Werkstattbesprechung, in der die 53 noch am Streik beteiligten Kollegen anwesend waren, wurde das Ergebnis der Verhandlung bekannt gegeben. Hier ging es sehr anregend her. Obwohl die Firma in so krasser Form ihren Herrenstandpunkt zu erkennen gab und so offensichtlich das den Arbeitern zustehende gesetzliche Recht der Koalition wie der Regelung des Arbeitsverhältnisses mißachtete, wurde doch beschlossen, selbst unter diesen Umständen die Arbeit aufzunehmen. Nach Lage der Dinge mußte der Streik für uns siegreich enden. Die anderen Berufe wie Maler, Schlosser, Elektriker usw. sahen buchstäblich fest und so wäre in längstens 8 bis 14 Tagen der Erfolg auf unserer Seite gewesen; denn obwohl der Kampf bereits 8 Wochen dauerte, war nicht ein einziger Tischler Streikbrecher geworden und es auch der Firma nicht gelungen, anderweitig Arbeiter zu erhalten. Doch Lohnbewegungen und gar Streiks können nur mit geschulten Kollegen geführt werden, aber nicht mit Vergnügungsmeiern, und so ergab die Abstimmung 31 Stimmen für und 22 gegen Aufnahme der Arbeit. Dieses Resultat ist leicht erklärlich, wenn man das Organisationsverhältnis betrachtet; elf Christliche, fünf „freie“ Verbände, ein halb Duzend unorganisierte und der Rest — die einzig echten, deutschen Gewerksvereine, die sich diesmal wirklich als Gewerkschafter zeigten. Doch nach Schaden wird man klug und jetzt, nachdem die Kollegen die Arbeit aufgenommen, sehen sie selbst ein, daß sie bei der Abstimmung eine große Dummheit gemacht haben. Daß für absehbare Zeit die Lage der Holzarbeiter dort nicht gebessert werden kann, ist unter diesen Umständen erklärlich. Aber nicht nur für die Tischler, sondern für alle andern Berufe ist vorläufig nichts zu erreichen und hier kommen die Metallarbeiter, speziell Schmiede, zuerst in Betracht, die, obwohl gelernte Arbeiter, mit einem Wochenlohn von 13—15 Mk. pro Woche bezahlt werden. Nach diesem Kampf, der leider erfolglos war, haben aber besonders die Mitglieder unseres Verbandes die Pflicht, dafür zu sorgen, daß unsere Position gestärkt wird und nächstens, wenn ein Kampf notwendig wird, eine andere Zusammenstellung vorhanden ist, als es jetzt der Fall war.

Beendeter Streik in Reiffe. Der Streik in Reiffe ist mit einem Erfolge der Kollegen beendet worden. Leider ist uns bis heute noch keine Mitteilung zugegangen, worin das Erreichte besteht, wie denn auch die Berichterstattung über den Streik für's Organ alles zu wünschen übrig ließ.

Berichte aus den Zahlstellen.

Duisburg. Wenn wir heute einmal Umschau in den Duisburger Schreinerereien halten, so müssen wir gestehen, daß von dem kleinen Erfolg unseres vorjährigen dreimonatigen Kampfes wenig mehr zu verspüren ist. In den größeren Werkstätten unterscheiden sich die heutigen Arbeitsbedingungen von denen der früheren Jahre nur insofern, als ein wenig mehr Lohn gezahlt, die jedoch durch die verteuerte Lebenshaltung wieder aufgewogen werden. Von einer Einhaltung der zehnständigen Arbeitszeit kann kaum die Rede sein; das Ueberstundenwesen ist genau so wieder eingegriffen, wie dies vor dem Streik der Fall war. Die Schuld an diesen verlotterten Zuständen trifft jedoch weniger die Unternehmer als vielmehr die einheimischen Kollegen selbst, die in ihrer launen gläubigen Kurzsichtigkeit alsbald nach dem Streik dem Verband den Rücken kehrten, um wieder schweißbedelnd die Hand zu küssen, die sie züchtigt. Ein Stein des Anstoßes für die zugerechten Kollegen bildet namentlich die Belegschaft der Firma Riefer. Von den 90—100 Schreiner dieser Firma hielt es höchstens der vierte Teil für notwendig, dem Verband auch nach dem Streik treu zu bleiben. Hier ist ebenso wie an vielen anderen Orten die Tatsache zu verzeichnen, daß gerade diejenigen, die mit vollen Händen in den Streik eingegriffen, später das Vertrauen zum Verband zu untergraben suchten, nachdem sie bis zu 250 Mk. Unterstützung aus demselben gezogen und noch keine 10 Mk. in denselben gezahlt hatten. Zu der Mehrheit der bei Riefer beschäftigten Kollegen hegen wir bis jetzt noch das Vertrauen, daß sie die von einzelnen Elementen gesäte Zwietracht nicht noch weiter wuchern lassen, sondern wieder in die Reihen der für ihre Rechte streitenden Kollegen eintreten werden und nicht das sich aufblähende Egoismus mit allerlei faulen Ausreden zu ersticken suchen. Geradezu unerträglich sind jedoch die Verhältnisse bei der Firma Otten & Schmeiß. Diefelbe diktiert der Werkführer einfach: „Es wird von nun an 10 1/2 Stunden gearbeitet“ und keiner hat den Mut, Einspruch zu erheben. Auch den Vorstand des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes ließen die Misstände bei dieser Firma unberührt. Der Vorstand des hiesigen Verbandes berief z. B. für die Arbeiter der Firma Otten & Schmeiß eine Werkstattbesprechung ein, um den einzigen Erfolg eines vierteljährigen Kampfes nicht preis zu geben, ohne einen Finger zu rühren. Zu dieser Versammlung wurde auch der Vorsitzende des sozialdem. Verbandes Schutz eingeladen; dieser erklärte jedoch nur: „Ich komme nicht“. Ähnlich handelten die im Betrieb arbeitenden „Genossen“; sie blieben der Besprechung fern, mit Ausnahme eines jüngeren Kollegen. Der Erfolg dieser Besprechung war: „daß auf der Werkstätte eine Bekanntmachung angehängt wurde: „Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden“, und vom folgenden Tag an 11 Stunden gearbeitet wurde der Bekanntmachung zum Lohn. Es wäre ein Leichtes gewesen, diesen Zuständen in der betreffenden Werkstätte ein Ende zu bereiten, wenn sich die Leitung unserer Zahlstelle auf die nichtorganisierten Kollegen der Firma, sowie auf die Leitung des „freien“ Verbandes hätte verlassen können. Wie sehr jedoch Vorsicht am Platze war, ersehen wir daraus, daß, als einige dem hiesigen Verband angehörende Maschinenarbeiter infolge des Bestehens des Verbandes mit dem Werkführer in Konflikt gerieten,

Auf sofort frei organisierte Maschinenarbeiter zum Ersatz melden. Wir würden jedoch dem Vorstand des roten Verbandes Unrecht tun, wenn wir behaupten wollten, der „freie“ Verband verhalte in Unfähigkeit. Im Gegenteil, unermüdlich tätig ist der Vorsitzende Schulz um Werkstättenversammlungen zu arrangieren, die jedoch meist dazu dienen, um Werkführer oder Vorarbeiter, die nach Ansicht der „Genossen“ nicht genügend technisch gebildet waren, aus ihrer Stellung zu drängen und kräftig über christliche Streikbrecher zu schimpfen. Erfolg hat dieses eitle Streben der für „Arbeiterrechte“ streitenden „Genossen“ bisher nicht gezeigt. Welche Willen übrigens die sozialdemokratische Unzulänglichkeit treiben kann, zeigt das Verhalten des Maschinenarbeiters Wagner, derzeitiges Mitglied der Lohnkommission und „freier“ Gewerbergeschäftskontak. Schon der Unbill eines christlichen organisierten Kollegen reist ihn. Diese Wutausbrüche eines einzelnen sind allerdings nicht tragisch zu nehmen. Es ist jedoch zu bedenken, daß durch die fortgesetzten Verhöhnungen seitens des „freien“ Verbandes sich ein Verhältnis gebildet hat, das der Arbeiterkategorie nur zum Schaden gereichen kann. Denn dort wo sich die Arbeiter gegenseitig zerfleischen, ist der Unternehmer der Sache dritt. — Pflicht unserer Kollegen ist es, überall für die Ausbreitung unserer Zahlstelle zu arbeiten und auch diejenigen, die dem Verband den Rücken gekehrt haben, auf das verwerfliche ihres Tuns aufmerksam zu machen. Je mehr unsere Zahlstelle an Bedeutung gewinnt, wächst auch der Einfluß derselben auf die Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse. Die Werkführer der Firmen Kiefer und Otten & Schmetz würden ihr Benehmen sofort ändern, wenn sie vor ihren Arbeitern Achtung hätten; und Achtung genießt nur der, der sie verdient.

München. Zwei Versammlungen von weittragender Bedeutung waren es, die unsere Zahlstelle am 30. Juni und 14. Juli abhielt. Die erste war einberufen als außerordentliche Generalversammlung. Sie war notwendig geworden, weil Kollege Kempf wegen andauernder Krankheit das Amt des 1. Vorsitzenden niederlegte. Die Neuwahl fiel auf den bisherigen 2. Vorsitzenden Kollege Baumeister; Kollege Martin wurde der Posten des 2. Vorsitzenden übertragen. Von der sicheren Annahme ausgehend, daß der Verbandstag den Beitrag auf 50 Pfg. erhöhen werde, setzte die Vorstandschaft zugleich Beitragserhöhung auf die Tagesordnung. Der Antrag war gestellt auf 80 Pfg. Wochenbeitrag. Nach einer sehr lebhaften Aussprache, meist in zustimmenden Sinne, wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch haben unsere hiesigen Kollegen ihren gewerkschaftlichen Geist wieder in glänzendem Lichte gezeigt. Sie wissen, daß die heutige Zeit solche Beiträge erfordert, wenn der Verband die Interessen der Kollegen wirksam wahrnehmen soll. Dafür wird uns wohl das Jahr 1908 den Beweis liefern. Nicht zum wenigsten haben wir dieses günstige Ergebnis unseren „Holzgenossen“ zu verdanken. Durch die fortwährende maßlose Heze haben sie das Selbstbewußtsein vieler unserer Kollegen gestärkt. Denn durch diesen Beschluß sind wir um 10 Pfg. höher gegangen wie der soz. Verband hier am Orte. Das darf den „Genossen“ aber auch als Deuter dienen, daß auch in Zukunft, wenn es die Taktik des soz. Verbandes erfordern sollte, unsere Zahlstelle ihre gewerkschaftliche Selbstständigkeit jederzeit wahren wird. — Die zweite Versammlung befaßte sich mit der Festsetzung der Lokalunterstützungen. Die Vorschläge der Vorstandschaft wurden auch hier, z. T. mit einigen Einschränkungen angenommen. Da die Mitglieder die neuen Lokalbestimmungen in einigen Tagen in die Hand bekommen werden, seien hier nur einige Hauptpunkte herausgegriffen. Der Höchstbetrag an Arbeitslosenunterstützung beträgt in Zukunft 18 Mk. per Woche. Der wöchentliche Zuschlag zur Streikunterstützung 2 Mk.; Höchstbetrag 20 Mk. per Woche. Die Krankenunterstützung wird schon ab 1. Januar bezahlt. Ab 1. August 1907 wird noch ein Zuschlag aus der Lokalkasse gewährt. Ebenso ist ein Zuschlag zum Sterbegeld (bis zu 20 Mk.) und eine Unterstützung an Zureisende, noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder, vorgesehen. Wie die Beitragserhöhung, treten auch die Unterstützungsätze am 1. August d. J. in Kraft. Mit diesen Beschläüssen kann sich wohl jeder Kollege zufrieden stellen. Entsprechend dem Beitrag sind auch die Unterstützungen z. T. wesentlich höhere wie im soz. Verbande. Diese Leistungsfähigkeit unserer Zahlstelle, wie des Verbandes, muß aber auch für Jeden ein neuer Ansporn sein, mit frischer Begeisterung für unsere Sache zu kämpfen. Ein merkwürdiger Mitgliederzuwachs, das muß die Folge sein. Kollegen! sorgt dafür!

Radolfzell-Singen. Wenn wir in Nr. 27 des Organs berichteten, daß der Versuch, unsern Kollegen Gaupp wegen der Zugehörigkeit zu unserem Verband außer Arbeit zu bringen, mißlang, so müssen wir heute melden, daß er durch das Drängen der roten Brüder entlassen wurde. Mit welchem Heben man es hier zu tun hat, beweist folgender Brief, der uns von dem Arbeitgeber des Entlassenen zur Verfügung gestellt wurde. Das Treiben der roten Freizeitschergen wird so recht gekennzeichnet und ist von uns zur Belehrung und Bestrafung schon in der bürgerlichen Presse veröffentlicht worden:

„Singen, den 22. Juni.

Herrn Mad. Laut beschluß der heutigen Werkstättenversammlung erlauben wir Ihnen folgendes mit zu teilen, das wir leider die Entscheidung gemacht haben, daß der Maschinenarbeiter Gaub den Aufforderung in Sachlichen Beziehung nichts für unsere Branche ist, in dem wir die von ihm geleistete Arbeit nicht nur als minderwertig sondern zum größtenteile als unbrauchbar betrachten müssen, wir glauben zu unsere an Ihnen gestellte Forderung ganz berechtigt zu sein. Wenn wir verlangen daß Sie von nächster Woche das heißt von Montag früh ab an keiner Maschine mehr beschäftigt thun, anders Falls ist unsere Kündigung mit dem heutigen Tag eingereicht. (Folgen Unterschriften).

Gleichzeitig ersuchen wir Sie bis heute Abend vor Lohnzahlung Ihre Meinung uns gegen über kund zu geben.“

Da die in dem Schreiben enthaltenen Anschuldigungen nicht stichhaltig waren und die Vertreter der Stänkereier unter sich uneins wurden, auch durchdrang, daß bereits ein wackelnder Sozi für die Stelle unseres Kollegen ausgetreten war und ein Unvorsichtiger erzählte: „wenn er nur in unseren Verband übertrete, dann wäre es gut“, mußten die Helben zurückweichen. Nun kam acht Tage später der berichtete Gewaltakt, wo die Genossen schließlich noch den einzigen Grund aufrecht hielten, daß sie unter sich so verjezt wären, daß sie einen Sündenbock haben mußten. Es ist aber dieser Fall nicht der einzige in den letzten 14 Tagen. Es wurde von den „Freien“ die Werkstätte gesperrt, in der der Vorsitzende der hiesigen Zahlstelle als Vorarbeiter beschäftigt ist. Anfangs

gab man als Grund an, der Tarif werde nicht eingehalten usw. Es hörten sämtliche rot organisierten Arbeiter auf. Nur der Vorsitzende der Zahlstelle des freien Holzarbeiterverbandes, der zugleich Kartellvorsitzender ist, arbeitete weiter. Er selbst war mit dem Treiben seiner Kollegen nicht einverstanden. Als es nun zu Verhandlungen kam, wurde betont: „es dürfen keine Christlichen mehr eingestellt werden und der Vorsitzende der Christlichen darf in Versammlungen nicht mehr sprechen und agitieren gegen die Volksbeglückter“. Einweilen läßt er sich das aber noch nicht verbieten. — Den christlichen Arbeitern des Bodenseekreises rufen wir zu: Gebt die Antwort den freien „Genossen“ und tretet in die Reihen der christlichen Gewerkschaften ein. Denn nur dann kann diesem Treiben Einhalt geboten werden. — Unsere Zahlstelle nimmt stetig an Mitgliedern zu.

Darmstadt. Eines guten Besuches hatte sich unsere am 18. Juli abgehaltene Generalversammlung zu erfreuen, in der Kollege Baumann aus Mannheim über die Beschlüsse des Verbandstages referierte. In der Diskussion erklärten sich die Mitglieder einstimmig mit den gefaßten Verbandstagsbeschlüssen einverstanden.

Küfer.

Cöln. Schon des öfters wurde von unserer Sektion im Organ über Interessenlosigkeit und schlechte Verhältnisse in unserem Berufe geklagt. In Aufstellungsvorversuchen hat es wahrhaftig nie gefehlt. Trotzdem waren die Erfolge recht minimal. Der Küfer ist nun einmal ein sorgenloses Geschöpf und deshalb für ernste Gewerkschaftsarbeit schlecht zu haben. Diese Tatsache zeigte sich auch in einer von nur am 22. Juli abgehaltenen, öffentlichen Käufernversammlung. Die Vorbereitungen waren sorgfältig getroffen worden, trotzdem erschien nur ein geringer Bruchteil der Kollegen. Wollten sich doch dieselben die Worte des Kollegen Eickmann über wirtschaftliche Kämpfe und Tarifverträge zu Herzen nehmen. Augenblicklich bestehen in Cöln fast in allen Berufen Tarifverträge. Eingeführt wurden dieselben meistens durch schwierige Kämpfe, die wiederum nur durch geschlossenes Zusammenhalten, durch Energie und Opfermut geführt werden konnten. Der Lohn ist nicht ausgereicht. Es gibt in Cöln Handwerker, die nahezu das Doppelte verdienen, wie ein Küfer. Das sind nicht etwa Ausnahmen, sondern fast die Regel. Wir glauben, daß sich auch bei uns leicht Verbesserungen einführen lassen. Unsere Arbeitgeber sind Weinhändler. Bei einem großen Umsatz in den Weinbergstätten sind verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte nötig. Dazu kommt, daß unser Beruf ein Saisonberuf ist. Eine Erhöhung der Käuferlöhne würde die Weinpreise kaum beeinflussen. Nützlich ist bei uns, daß alle Kollegen mehr aus sich herausgehen und verbend austreten. Das überließ man bisher zu viel einzelnen Kollegen, die noch die Verwaltungsgeschäfte obendrein zu erledigen und deshalb die wenigste Zeit hatten. Die Küfer müssen es sich ein für alle mal abgemöhnen zu glauben, wenn sie Beiträge zahlen, höchstens auch einmal die Versammlung besuchen, dann würde schon ihre Lage gebessert werden. Jeder, dem es darauf ankommt, möglichst schnell sich in bessere Verhältnisse zu befinden, beherzige diese Worte und handele dementsprechend. Das war auch der Schluß, der aus den Ausführungen der einzelnen Kollegen in unserer öffentlichen Versammlung gezogen wurde. Der sozialdem. Wötterverband besteht über zehn Jahre am Orte und konnte für die Küfer nichts tun. Ähnlich so geht es auch uns, wenn wir die gewerkschaftliche Kleinarbeit auf der ganzen Linie unterlassen. Für uns ist es auch von großem Vorteil, daß an der Mosel der gewerkschaftliche Gedanke festen Fuß gefaßt hat. Eine ganze Reihe von Kollegen kommen von dort nach hier. Besonders bei einer eventl. Lohnbewegung müßten wir Bezug von dort befürchten. Nachdem sich eine Anzahl Küfer in Traben-Trarbach organisiert, setzen wir von diesen Kollegen voraus, daß sie für die Ausbreitung unserer Ideen Sorge tragen. Die Zeit darf nicht mehr fern sein, wo ein Kollege in dem anderen, mag derselbe am Rheine, an der Mosel, oder sonstwo wohnen, nicht einen Konkurrenten, der auf seine Stelle lauert, sondern einen treuen und zuverlässigen Bundesgenossen erblickt.

Aus dem gewerblichen Leben.

Des Reichsverbandes Wissenschaft. Zu den vielen absonderlichen Vereinen, ohne die man in Deutschland nun einmal nicht zu leben vermag, gehört auch der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, die Sozialdemokratie mit patriotischen Phrasen zurückzudämmen. Namentlich bei den politischen Wahlen tritt er in Aktion und — verpulvert hier die Großen, oder besser gesagt, die Hundertmarkscheine derer, die im Hochgenusse patriotischer Gefühle schwelgen. Im übrigen verlegt sich der Reichsverband auf die Herausgabe einer Korrespondenz und Auskunfterteilung über alle Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Kreise. Auch sonstige Auskünfte, die gerade nicht in sein Fach schlagen, scheint er zu geben. So wandte sich der Landrat des Kreises Grimmen, Freiherr v. Malgahn, an den Reichsverband, um hier Erkundigungen über den christlichen Bauhandwerkerverband und eine eventl. in Grimmen bestehende Zahlstelle deselben, einzuziehen. Er erhielt darauf einen Schreibbrief der genügend besagt, daß Geistes Kind der Reichsverband ist. Der bei der sozialdemokratischen Presse herrschende günstige Wind wehte dann diesen Brief auf den Redaktionsstisch des „Vorwärts“, der denselben nunmehr veröffentlicht. Man höre nur, was der Briefschreiber, wahrscheinlich ist es dessen Geschäftsführer Döwenschen, über den Charakter der christlichen Gewerkschaften berichtet:

„Ich persönlich kann nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen, die ich mit der christlichen Gewerkschaft gemacht habe, Ihnen nicht die Materie teilen, darauf hinzuwirken, daß das dortige Maurergewerk in eine christliche Gewerkschaft des Gesamtverbandes umgestaltet werde. Von Seiten der christlichen Gewerkschaften wird, genau ebenso wie von den sozialdemokratischen, der Klassenkampf gepredigt und in ihren Forderungen sind die christlich organisierten Arbeiter durchaus nicht allzu sehr verschieden von den sozialdemokratischen. Und das ist begreiflich, denn die christlichen Gewerkschaftler können nur dann auf einen Zuwachs von Mitgliedern aus den Reihen der bisher sozialdemokratisch organisierten Genossen rechnen, wenn sie mindestens ebenbürtige, ja noch weitgehendere Forderungen stellen, als die Sozialdemokratie selbst. Bei der urteilslosen Masse wird derjenige, der am meisten verspricht, auch immer die meisten Anhänger finden und darum ist es ja gerade der Sozialdemokratie so leicht gemacht, die bedürftige Menge für sich einzufangen. Infolgedessen werden die christlichen Gewerkschaften, ob sie dies wollen oder nicht, sich mit der Zeit durch die Macht der Verhältnisse zwingen lassen, auch ihrerseits womöglich die Forderungen der Sozialdemokratie noch zu übertrumpfen. Aus allen diesen

Erwägungen habe ich niemals mit von der christlichen Bewegung große Erfolge versprochen und mich ihr gegenüber immer äußerst skeptisch verhalten. Die Erfahrung, die wir insbesondere mit der Leitung der christlichen Bauhandwerker in Berlin gemacht haben, bestätigt diese Ansicht von neuem nicht und dazu, den christlichen Gewerkschaften gegenüber auch in diesem besonderen Falle äußerst skeptisch zu sein.“

Wir würden die Auslassungen nicht zücht haben, nicht der Reichsverband ab und zu auch in christlich-nationaler Arbeiterbewegung machte und gehen wir wohl nicht fehl, wir die Gründung „nationaler Arbeiterverbände“, so in und Swinemünde auf dessen Konto setzen. Gerade diese Machenschaften aber werden die christlichen Gewerkschaften in jenen Gegenden, wo sie bisher weniger befanden, in schlechten Ruf gebracht und dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt. Im übrigen aber kann es uns unabhängig falls lassen, wie die Leitung eines Vereins, ohne zu Ziele über unsere Bewegung denkt. Etwas Unachronistisch als der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ eben nicht und ist so dessen Stellung zu den christlichen Gewerkschaften wohl erklärlich.

Soziale Rundschau.

Ein bemerkenswerter Vorschlag wurde kürzlich in „National-Zeitung“ dahingehend gemacht, ein Reichsgericht zu bilden mit dem Zweck, auf Revision hin die teile der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nachzuprüfen, eine zutreffende Anwendung des geltenden Rechtes erfolgt ähnlich so, wie das Reichsgericht in Zivilprozessen über 2500 Mk. übersteigenden Streitgegenstand die Urteile Oberlandesgerichte revidiert. Die Revision müßte an neu zu schaffenden Gerichtshof gehen, dessen Zuständigkeit über das ganze Reich zu erstrecken hätte. Das Verfahren müßte ein einfaches sein und könnte dem für die Arbeitsversicherung geltenden nachgebildet werden. Dann tatsächlich ein einheitliches Recht für die Gewerbe- und Landsgewerkschaften geschaffen werden; die Unsicherheit für Arbeiter und Arbeitnehmer würde aufhören. Der heutige Zustand, daß die Gewerbegerichte bei einem Streitobjekt bis zu 1000 Mk. entgültig zu entscheiden haben, ist in der Tat ein ungeheures. Von rund 100 000 Streitfragen, welche im Jahre 1906 den deutschen Gewerbegerichten anhängig gemacht wurden, gingen nur 400 an die Berufungsinstanz, welche heute Landgerichte bilden. Die geringe Ziffer dürfte auch die geringfügigkeit vieler Streitfragen mit auf das Konto Antipathie zurückzuführen sein, deren sich die Rechtsprechung an den ordentlichen Gerichten, besonders in den Streitfragen Arbeiter erfreut. Dieser Rechtsprechung geht das vollstreckte ab, weil sie sich zuviel an die Paragraphen klammert. Dazu kommt noch, daß die Urteile der Gewerbegerichte in den Streitfragen mit einem Objekt mit unter 1000 Mk. endgültig sind, ganz verschiedenartig ausfallen. Was in Mainz als „Recht“ bezeichnet wird, gilt in Berlin oder einer anderen Stadt als Unrecht. Bei der stetigen Weiterbildung der Arbeiterrechts, so durch die Tarifverträge, ist dieser Zustand erklärlich. Es fehlt eben eine höhere Instanz, welche nur zuständig ist nach der materiellen Seite der Streitfragen, sondern welche vor allem die prinzipielle Seite klarlegt. Hieran hat es bisher gemangelt.

In der „Rheinischen Volkszeitung“ wurde der Vorschlag vertreten, daß das Reichsversicherungsamt mit der Revision der an den Gewerbegerichten geübten Rechtsprechung zu vertrauen sei. Bei näherer Betrachtung wird sich dieser Weg jedoch als ungangbar. Die soziale oder Arbeiter-Versicherung hat mit dem Arbeiterrecht, soweit es auf den Arbeitsvertrag aufbaut, recht wenig oder gar Berührungspunkte. Es wären daher bei der Verwirklichung des Reichsversicherungsamtes doch besondere Kommissarien bilden. Eine Vereinheitlichung würde dieses System als bedeuten. Dazu kommt noch, daß auch die Revision der Rechtsprechung der Gewerbegerichte von nicht Berufsrichtern genommen werden muß, die jedenfalls ihres Amtes am walten können, wenn sich dieses auf die Behandlung der Materie beschränkt. Die größtmögliche Spezialisierung in all den Fragen des Arbeiterrechts nur ein Vorteil. Jedenfalls ist der Gedanke eines Reichsgerichts für praktische, der wohl der Propagierung wert ist.

Tüchtiger Tischlergeselle

für bessere Möbel- und Kirchenarbeit, am liebsten evant findet dauernde Beschäftigung in der Schreinerei Sodelberg zu Godesberg, Rheinl.

Es wollen sich nur fleißige und leistungsfähige Leute bewerben.

Tüchtiger Rahmenschreiner

findet dauernde und gut bezahlte Stellung in feineren Einrahmungsgeschäft in Biel (Schweiz). — Gute teiltung am Geschäft sichere Existenz und wäre sehr wünscht, da Inhaber nicht Fachmann ist.

Näheres zu erfahren durch Johann Haberstroh, Lauterbach (Schwarzwald).

Zwei tüchtige Stellmacher (Kastenmacher)

werden bei gutem Lohn für sofort gesucht. Näheres beim Kollegen S. Schneider, Frankenstein, Niederstraße 4.